

Guatemala, Demokratie auf dem Nährboden der Gewalt: zu den Perspektiven des Friedensprozesses unter der neuen Regierung Berger

Oettler, Anika

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Oettler, A. (2004). *Guatemala, Demokratie auf dem Nährboden der Gewalt: zu den Perspektiven des Friedensprozesses unter der neuen Regierung Berger*. (Brennpunkt Lateinamerika, 3). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-443376>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 3

15. Februar 2004

ISSN 1437-6148

Guatemala: Demokratie auf dem Nährboden der Gewalt

Zu den Perspektiven des Friedensprozesses
unter der neuen Regierung Berger

Anika Oettler

Am 14. Januar 2004 wurde der konservative Unternehmer Oscar Berger als neuer guatemaltekischer Präsident vereidigt. Berger sprach in seiner Inauguralrede davon, dass das Wort „Konfrontation“ nunmehr der Vergangenheit angehöre und versprach „Einheit, Sicherheit, Gerechtigkeit, Bildung und Gesundheit für alle“. Die vollmundigen und vagen Regierungsversprechen bieten den Anlass, die politischen Kräfteverhältnisse in einem Land zu analysieren, das sich sieben Jahre nach dem Friedensschluss immer weiter vom anvisierten „festen und dauerhaften Frieden“ zu entfernen scheint.

Der General und das Volk

Seit der Rückkehr zur Demokratie Mitte der 1980er Jahre hat die guatemaltekische Bevölkerung fünfmal einen Präsidenten gewählt: 1986 Vinicio Cerezo (*Democracia Cristiana*, DC), 1990 Jorge Serrano (*Movimiento de Acción Solidaria*, MAS), 1995 Álvaro Arzú (*Partido de Avanzada Nacional*, PAN), 1999 Alfonso Portillo (*Frente Republicano Guatemalteco*, FRG) und vor wenigen Wochen Oscar Berger (Parteienkoalition *Gran Alianza Nacional*, GANA).

Bereits die Wahlen von 1999 waren von Spannungen und Debatten geprägt, die von den politischen Ambitionen des Generals Efraín Ríos Montt ausgelöst worden waren. Der General, der 1982 als Teil einer Militärjunta an die Macht gelangt war, gilt als Personifizierung des guatemaltekischen Staatsterrorismus. Unter

seiner Regentschaft verfolgte das Militär die unter dem Begriff der „Politik der verbrannten Erde“ bekannt gewordene Aufstandsbekämpfungsstrategie, die im Wesentlichen in der Massakrierung der indigenen Hochlandbevölkerung bestanden hatte. Die Kommission zur historischen Aufklärung (*Comisión para el Esclarecimiento Histórico*, CEH) kam 1999 zu dem Ergebnis, dass der guatemaltekische Staat zwischen 1981 und 1983 in einigen Regionen Guatemalas genozidale Praktiken angeordnet und ausgeübt hatte. Zum Ende der Regentschaft des Generals wurde die „Politik der verbrannten Erde“ von einer Aufstandsbekämpfungsstrategie abgelöst, die nicht mehr ausschließlich auf der Terrorisierung der Zivilbevölkerung beruhte, sondern zugleich die Menschen für den guatemaltekischen Staat zu gewinnen suchte: *fusiles y frijoles* (Gewehre und

Bohnen) und *techo, tortilla y trabajo* (Dach, Tortilla, Arbeit) hießen die neuen Devisen.

General Efraín Ríos Montt, der sich bereits in den 1970er Jahren als Präsidentschaftskandidat der Christdemokraten hatte aufstellen lassen und Prediger der evangelikalen Kirche *El Verbo* ist, hatte auch in den 1990er Jahren den Traum, demokratisch legitimierter Präsident des Landes zu werden. Als 1999 der erste Präsident der guatemaltekischen Nachkriegszeit gewählt wurde, verhinderten die guatemaltekischen Gerichte eine Kandidatur des Generals. Somit trat Ríos Montt als starker Mann hinter dem Präsidentschaftskandidaten des FRG, Alfonso Portillo, auf und war während des Wahlkampfes vor allem im „Landesinneren“ eine treibende Kraft. Während der vergangenen Legislaturperiode war Ríos Montt gezwungen, sich mit dem Amt des Kongresspräsidenten zu bescheiden. In dieser Zeit vermochte er es jedoch nicht nur, seinen Kindern Enrique und Zury zu politischen und militärischen Schlüsselpositionen zu verhelfen, sondern insgesamt das Netz der *Ríos-monttistas* zu stärken. Der Machtkampf zwischen den beiden Flügeln im Regierungslager, den Anhängern Portillos und den Gefolgsleuten des Generals, wurde im Verlaufe der letzten vier Jahre zugunsten der letzteren entschieden. Alfonso Portillo kündigte im Oktober 2003 seinen Rückzug ins Private an (*Prensa Libre*, 25.9.2003).

Derweil hatte die Präsidentschaftskandidatur des Generals bereits Wogen der Entrüstung geschlagen. Am 29. Juli 2003 hatte das guatemaltekische Verfassungsgericht (*Corte de Constitucionalidad*, CC) die Entscheidung gefällt, dass die Kandidatur Ríos Montts zulässig sei, und die Oberste Wahlbehörde (*Tribunal Supremo Electoral*, TSE) angewiesen, den Kandidaten einzuschreiben.

Wenige Tage zuvor, am 24. Juli, hatte ein gewalttätiger Mob in der Hauptstadt gewütet, der nur zu offensichtlich vom FRG angeheuert worden war. Der als der „schwarze Donnerstag“ in die Geschichte des Wahlkampfes eingegangene organisierte Aufruhr zeigte, wie schon die Entscheidung des Verfassungsgerichtes, die Schwäche des guatemaltekischen Justizsystems. Die gewalttätigen Aktionen wurden strafrechtlich nicht verfolgt.

Die Einschreibung Ríos Montts, die bei zwei früheren Gelegenheiten höchstinstanzlich mit dem Verweis auf den 186. Artikel der gua-

temaltekischen Verfassung, welcher die Kandidatur eines ehemaligen Putschisten explizit untersagt, abgelehnt worden war, wurde durch eine einfache Manipulation möglich: Im Verlaufe der letzten Legislaturperiode hatte Ríos Montt dafür gesorgt, dass ihm genehme Personen in das Verfassungsgericht gewählt wurden.

Die Entscheidung über die Kandidatur Ríos Montts belegte die Abhängigkeit der Justiz und hatte damit eine Bedeutung, die weit über den Wahlkampf der letzten Monate hinausgeht: sie zeigte, wie wenig konsolidiert die guatemaltekische Demokratie 17 Jahre nach der „ersten Transition“ (der formalen Demokratisierung) und sieben Jahre nach der „zweiten Transition“ (der Unterzeichnung der Friedensverträge) ist.

Der blockierte Reformprozess

Als die guatemaltekische Regierung und die Guerilla URNG (*Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca*) Ende 1996 den „festen und dauerhaften“ Frieden unterzeichneten, hatten sie ein Gesamtpaket von substanziellen Reformen vereinbart, das die Ursachen der bewaffneten Auseinandersetzung anzugehen versprach und dabei auf die demokratische Festigung aller staatlichen Institutionen zielte. Eine Bilanz der Umsetzung der Friedensverträge ist ernüchternd (vgl. Brennpunkt Lateinamerika 06/2003).

In den vergangenen Jahren hatte MINUGUA (*Misión de las Naciones Unidas en Guatemala*) immer wieder auf die mangelnden Fortschritte bei der Durchführung fundamentaler Reformen, wie der Bekämpfung der Straflosigkeit, der Stärkung des Justizsystems, der Demilitarisierung und der Stärkung der Zivilgewalt verwiesen. Was indes angesichts der Erleichterung über das Scheitern Ríos Montts bei den jüngsten Wahlen leicht übersehen wurde, war die Tatsache, dass MINUGUA die Verlangsamung des Friedensprozesses bereits während der Amtszeit von Álvaro Arzú konstatiert hatte. Die Regierung Álvaro Arzú wurde vom reformorientierten militärischen Flügel der „Institutionalisten“ und von einem sich als „modern“ verstehenden Teil der ökonomischen Elite getragen, die in der Weiterführung der bewaffneten Auseinandersetzung eine bedeutende und unzeitgemäße Hürde für die wirtschaftliche Entwicklung des

Landes sahen. Vor diesem Hintergrund brachte Álvaro Arzú den Verhandlungsprozess 1996 zu einem Ende. Unter den Augen der Weltöffentlichkeit und der Vereinten Nationen war ein Reformpaket vereinbart worden, welches, wie bereits angedeutet, die Grundlagen für eine „neue Nation“ legen sollte. Die „modernen“ Eliten hatten zwar die Unterzeichnung des Waffenstillstandes und die Demobilisierung der Guerilla nachdrücklich begrüßt, doch war ein tiefgreifender Reformwille nicht vorhanden; der Friedensprozess drohte seitdem ständig an der Reformresistenz der militärischen und wirtschaftlichen Eliten zu scheitern. So verwies die Überwachungsmission der Vereinten Nationen auch in ihrem jüngsten Bericht zur Umsetzung der Friedensabkommen auf die Schwierigkeiten bei der Erhöhung der Staatseinnahmen: „Responsibility for the low revenues was not the Government’s alone; the organized private sector maintained its stiff resistance to tax increases“ (MINUGUA 2003: 12). Mit der Reformresistenz der ökonomischen Elite ist ein strukturelles Problem benannt, welches auch in der kommenden Legislaturperiode fortwirken wird. Mit Oscar Berger haben vor allem auch die Teile der wirtschaftlichen und militärischen Eliten einen Vertreter gefunden, die an der Nicht-Umsetzung der Reformen im Agrarsektor (Landfonds, Wiederansiedelung der vertriebenen Bevölkerung) ein vitales Interesse haben.

Die Präsidentschaftswahlen

Der erste Wahlgang am 9. November 2003 war eine Abstimmung über den General. Im Vorfeld hatte dessen Partei, der FRG, versucht, vor allem ihre Basis im „Landesinneren“ zu mobilisieren. Besorgniserregend war dabei insbesondere die Wiederbelebung der in den 1980er Jahren geschaffenen lokalen Repressionsstrukturen. Bereits im Sommer 2002 hatten sich Mitglieder der ehemaligen „Zivilen Selbstverteidigungspatrouillen“ (*Patrulla de Autodefensa Civil*, PAC) reorganisiert, um von der Regierung Entschädigungen für ihre Dienste einzufordern. Die Regierung war dieser Forderung schnell nachgekommen und hatte noch im vergangenen Jahr Eurobonds in Höhe von US\$ 700 Mio. auf den internationalen Finanzmärkten lanciert. Die schließlich eingenommen US\$ 300 Mio. wurden größtenteils in den staatlichen Schuldendienst, in

Bankreserven und in ein Düngemittelprogramm investiert. Und in die Kompensationszahlungen für die Mitglieder der „Zivilen Selbstverteidigungspatrouillen“, die sich in die Listen eingetragen hatten, die vielerorts in den lokalen Büros der Regierungspartei auslagen. Das bereits 1999 von der Wahrheitskommission empfohlene „Nationale Entschädigungsprogramm“, welches auch den (direkten) Opfern der bewaffneten Auseinandersetzung zugute käme, ist Mitte des Jahres mit der Einsetzung einer Vorbereitungskommission wieder Gegenstand der politischen Agenda geworden. Es besteht allerdings bis dato lediglich auf dem Papier. Mit der faktischen Anerkennung der reorganisierten PAC hatte die Regierung dem gesamten Prozess der Aufarbeitung der blutigen Vergangenheit einen schweren Schlag versetzt. Im September 2003 etwa sprach Portillo vor 7000 PAC-Mitgliedern im Petén: „Für mich sind die Ex-PAC Helden, weil sie das Vaterland gerettet haben und dazu beigetragen haben, die Freiheit zu schaffen.“ (zit. nach *Prensa Libre*, 28.9.2003) Mit solchen Äußerungen wurde im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen der militärische Diskurs der Aufstandsbekämpfung, der durch die Bemühungen der Wahrheitskommission und des kirchlichen Projektes REMHI in Frage gestellt worden war, neuerlich gestärkt und damit eine Atmosphäre der Einschüchterung und der Angst verdichtet, die sich nach dem Friedensschluss in vielen Gemeinden nie verflüchtigt hatte. Die Wahlkampfzeit war in vielen Regionen Guatemalas geprägt von der anhaltenden Bedrohung (und auch Ermordung) von Menschenrechtsaktivisten, Bauernführern und Lokalpolitikern einerseits und von dem kaum verdeckten Stimmenkauf durch den FRG andererseits, der seinen Anhängern Entschädigungszahlungen und Düngemittel anbot.

Auch in der Hauptstadt konzentrierte sich der Wahlkampf auf den FRG. Der drohende Wahlsieg des Generals, der seine Macht mit allen Mitteln sichern zu wollen schien, hatte einem der Gegenkandidaten, Oscar Berger, zu einer breiten Unterstützung verholfen. Angesichts des herannahenden Unheils begannen auch große Sektoren der „linken“ Zivilgesellschaft, die Kandidatur des Unternehmers und ehemaligen PAN-Bürgermeisters Berger zu unterstützen.

Tabelle 1: Präsidentschaftswahlen

1. Wahlgang (9.11.2003) Präsidentschaftswahlen	
Oscar Berger (GANA)	34%
Álvaro Colom (UNE)	26%
Efraín Ríos Montt (FRG)	19%
Leonel Lopez Rodas (PAN)	8%
Fritz García Gallont (PU)	3%
Rodrigo Asturias (URNG)	2,5%
Kongresswahlen (Abgeordnetensitze)	
GANA (<i>Gran Alianza Nacional</i>) <i>Partido Patriota-Movimiento Reformador-Partido Solidaridad Nacional</i>	47
FRG (<i>Frente Republicano Guatemalteco</i>)	43
UNE (<i>Unidad Nacional de la Esperanza</i>)	32
PAN (<i>Partido de Avanzada Nacional</i>)	17
ANN (<i>Alianza Nueva Nación</i>)	6
PU (<i>Partido Unionista</i>)	7
URNG (<i>Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca</i>)	2
UD (<i>Unión Democrática</i>)	1
DIA (<i>Partido DIA</i>)	1
DCG (<i>Democracia Cristiana Guatemalteca</i>)	1
Bürgermeisterwahlen	
FRG	114
GANA	59
UNE	33
PAN	27
<i>Comités Cívicos</i>	24
PU	10
DC	5
URNG	7
UD	4
DIA	4
ANN	1

Quelle: Tribunal Supremo Electoral, Inforpress Centroamericana.

Das kleinere Übel?

Der erste Wahlgang, an dem sich 60% der Wahlberechtigten beteiligten, brachte eine klare Niederlage für den General, der trotz der oben skizzierten Wahlkampfstrategie gerade einmal 19% der Stimmen für sich verbuchen konnte. Dabei war nicht nur die Tatsache wahlentscheidend, dass mit Efraín Ríos Montt die demokratische Kultur des Landes zur Wahl gestanden hat. Auch hatte die bisherige Regierungspraxis des FRG, die vor allem von Korruption und der Unfähigkeit, Sicherheit zu gewährleisten, geprägt war, die Bevölkerung gegen den General aufgebracht.

Damit kamen Oscar Berger als der rechtere Kandidat und Álvaro Colom als der linkere Kandidat in die Stichwahl. Die anschließende Wahlkampfphase zeichnete sich durch die weitgehende Abwesenheit von politischer Programmatik aus. Während Berger die neu gewählten Bürgermeister für sich zu gewinnen suchte, demonstrierte Colom den Schulterchluss mit der „linken“ Zivilgesellschaft. Beide Kandidaten versuchten, die politischen Intentionen des anderen zu diskreditieren, und vermieden dabei eine klare politische Linie. Symptomatisch war der Umgang mit dem Problem der Entschädigungszahlungen an die Mitglieder der PAC. Bis zum ersten Wahlgang hatten ca. 250.000 PAC-Mitglieder 1.750 Quetzal (von versprochenen 5.250 Quetzal) erhalten, und es war offensichtlich, dass die Gruppe der Entschädigungsempfänger und ihrer Familien wahlentscheidend sein könnte. Oscar Berger, der 1999 als Kandidat des PAN in die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen gekommen war, hatte im Vorfeld der Wahlen deklariert, dass er mit den Zahlungen nicht einverstanden sei, sie jedoch als Regierungsverpflichtung seines Vorgängers weiterführen werde. Álvaro Colom, der 1999 für die Guerilla-Nachfolgepartei URNG kandidiert hatte, verkündete noch vor dem ersten Wahlgang, dass er die Zahlungen ablehne und das Geld deshalb in ländliche Entwicklungsprojekte investieren werde. Bereits wenige Tage nach der Bekanntgabe der Wahlergebnisse ließ Colom indes bereits ein Einlenken signalisieren.

Die Haltung beider Präsidentschaftskandidaten ließ befürchten, dass sie sich dem Druck der Verhältnisse beugen und dem Geist der Friedensverträge nicht als moralischem Imperativ ihrer Regierungspraxis folgen würden.

Wie im Vorfeld von allen Meinungsforschungsinstituten und von der Berger-nahen Presse prognostiziert, ging Oscar Berger aus der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen am 28. Dezember 2003 – mit 54% der Stimmen – als Sieger hervor. An der Wahl inmitten der Weihnachtsferien hatten sich 44% der Wahlberechtigten beteiligt.

In seiner Inauguralrede präsentierte der neue Präsident ein Regierungsprogramm, das vage die drängendsten Probleme des Landes benannte und im Wesentlichen auf zwei Säulen beruhte:

- Wirtschaftspolitisch stellte Berger die Schaffung eines investitionsfreundlichen Klimas, die Belebung der Wirtschaft, die Schaffung von Arbeitsplätzen – und damit auch den Rückgang der Kriminalität – in Aussicht. In ihrem aktuellen Bericht zur wirtschaftlichen Entwicklung Guatemalas hatte die *Comisión Económica para América Latina* (CEPAL) betont, dass das niedrige Investitionsniveau und die Situation auf dem Arbeitsmarkt besorgniserregend seien. Tatsächlich hatte die Regierung Portillo – konfrontiert nicht nur mit Dürre und Kaffeeekrise, sondern auch mit der Steuerresistenz der Wirtschaftsverbände – keinen wirtschaftspolitischen Elan erkennen lassen. Mit der Wahl Bergers änderte sich die Situation schlagartig: Hatten vor den Wahlen lediglich 40% der vom Sozialforschungsinstitut ASIES befragten Unternehmer für 2004 eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation prognostiziert, so waren es kurz nach den Wahlen bereits 70% (vgl. Inforpress Centroamericana, 9.1.2004). Die Erwartungshaltung der Unternehmer wurde nicht nur durch die Regierungsversprechen gestärkt, sondern vor allem durch die Personalpolitik des Präsidenten, der eine Reihe von Geschäftsleuten in sein Kabinett berief.
- Als zweite Säule seines Regierungsprogramms stellte Berger die Bekämpfung von Korruption und Straflosigkeit in Aussicht. Damit suchte er sich zunächst einmal deutlich von der Regierungspraxis seines Amtsvorgängers abzusetzen. Die Regierung Portillo war in einer Anfang Januar durchgeführten Umfrage von 70,4% der Befragten als die schlechteste

und korrupteste demokratische Regierung eingestuft worden (vgl. *Prensa Libre*, 13.1.2004). Wenngleich dieses Ergebnis angesichts der Tatsache, dass demokratische Regierungsformen in der guatemaltekischen Geschichte außerordentlich spärlich gesät sind, von nur begrenztem Aussagewert ist, zeigt es doch die breite Ablehnung der Regierung Portillo. Als Berger bei seiner Amtseinführung Korruption und Straflosigkeit zu bekämpfen versprach, reagierte er damit einerseits auf die politischen Skandale der vergangenen Jahre, die u.a. von illegalen Geldtransfers auf panamaische Konten ausgelöst worden waren. Andererseits thematisierte er damit das Hauptproblem der guatemaltekischen Nachkriegszeit, die Unsicherheit. Nach dem Friedensschluss 1996 hatte der explosionsartige Anstieg der Kriminalität ein Klima der Angst geschaffen, das den Alltag der Guatemalteken dominierte. Während die Mittelschichten sich zunehmend in umzäunte und bewachte Vorortsiedlungen zurückzogen, oszillierte die Reaktion der Armen zwischen Wehrlosigkeit und der kommunitären Selbstjustiz. Der sprunghafte Anstieg der Lynchjustiz implizierte dabei ein weiteres Moment der Unsicherheit, da in vielen Fällen politische und persönliche Motive von Mitgliedern der ehemaligen PAC hinter der brutalen Massendynamik standen. Insgesamt wurde sowohl die Verübung krimineller Taten wie Raub, Entführung und Mord, als auch die in den vergangenen Jahren angestiegene selektive politische Repression, von der weitreichenden Straflosigkeit erleichtert.

Das neue Kabinett

Das Regierungsprogramm fand seine Entsprechung in der Zusammensetzung des Kabinetts. Am 7. Januar stellte Berger seine Regierung vor, die aus 13 Ministern, acht Sonderbeauftragten und zehn Staatssekretären bestehen sollte (die Bildungsministerin und der Vorsitzende des Sekretariats für Strategische Analysen wurden erst später benannt).

In einem Land, in dem persönliche Netzwerke von jeher entscheidender für die Regierungspraxis waren als Parteiprogramme, kam der Ernennung der Ministerriege eine fundamentale Bedeutung für die politische Zielset-

zung der Regierung Berger zu. Das neue Kabinett zeigt, dass Berger vor allem Repräsentant des Agrarunternehmersektors ist: mit Jorge Briz (Ex-Präsident der Handelskammer), Marcio Cuevas (Präsident der Vereinigung nicht-traditioneller Agrarexporteure *Agex-pront*), Álvaro Aguilar (Unternehmer aus der Agroindustrie) und María del Cid (ehemals Ökonomin beim IWF) wurden die Schlüssel-

ministerien des Äußeren, der Wirtschaft, der Finanzen und der Landwirtschaft offen mit Vertretern dieses Wirtschaftssektors besetzt. Damit wurde eine Wirtschaftspolitik vorgezeichnet, die auf der Unterstützung der Freihandelsabkommen (*Central America Free Trade Agreement*, CAFTA) und der gleichzeitigen Förderung der einheimischen Agrarindustrie beruhen wird.

Tabelle 2: Das Kabinett

1. Minister	
Außen	Jorge Briz
Wirtschaft	Marcio Cuevas
Finanzen	María del Cid
Verteidigung	César Augusto Méndez
Landwirtschaft	Álvaro Aguilar
Kommunikation	Eduardo Castillo
Umwelt	Mario Dary
Kultur und Sport	Manuel Salazar Tetzagüic
Energie	Roberto González
<i>Gobernación</i>	Arturo Soto
Gesundheit	Marco Tulio Sosa
Arbeit und Soziales	Jorge Lewis
Bildung	María del Carmen Aceña
2. Sonderbeauftragte (<i>comisionados</i>)	
Sicherheit und Verteidigung	Otto Pérez Molina
Modernisierung des Staates	Harris Whitbeck
Investition und Wettbewerb	Miguel Fernández
Politische Reformen	Mario Fuentes Destarac
Megaprojekte und <i>Fondo de Inversión Social</i> (FIS)	Luis Flores Asturias
Lokale Entwicklung	Rodolfo Paiz Andrade
Tourismus	Willy Kaltschmitt
Umsetzung des Regierungsprogramms	Richard Aitkenhead
3. Staatssekretäre	
Privates	Alfredo Vila
Koordination	Eduardo González
Präsidiale Menschenrechtskommission (COPREDEH)	Frank La Rue
Nationaler Wissenschafts- und Technikrat (CONCYT)	Héctor Centeno
Planung (SEGEPLAN)	Hugo Beteta
Verwaltung und Sicherheit	Juan Carlos Leal
Soziale Kommunikation	Rosa María de Frade
Frieden (SEPAZ)	Victor Montejo
Generalsekretär	Jorge Arroyave
Strategische Analysen (SAE)	Gustavo Porras Castejón

Quellen: Prensa Libre, SAE.

Mit der Besetzung einiger Ministerposten wurde ferner die parteipolitische Klientel Bergers bedient. So wurden mit Marco Tulio Sosa (Gesundheitsminister) und Gustavo Porras (Vorsitzender des Sekretariats für strategische Analysen) Politiker berufen, die bereits unter der Regierung Arzú wichtige Regierungsposten bekleidet hatten. Jorge Gallardo, der als Vorsitzender des *Partido Solidaridad Nacional* die Kandidatur Bergers unterstützt hatte, erhielt den Posten des Arbeitsministers.

Obwohl Berger in den vergangenen Wochen immer wieder betont hat, dass er den Friedensprozess wieder ankurbeln und dabei auch die Zivilgewalt stärken werde, lässt die Besetzung der sicherheitspolitischen Schlüsselpositionen einige Zweifel aufkommen. Der Posten des Verteidigungsministers wurde nicht an einen Zivilisten vergeben, sondern an einen General: César Augusto Méndez. Dieser hatte in seiner bisherigen 28-jährigen Dienstzeit u.a. im Generalstab der Nationalen Verteidigung (*Dirección de Inteligencia del Estado Mayor de la Defensa*) gedient und gilt als Vertrauter von General (a. D.) Otto Pérez Molina. Als Vorsitzender der Patriotischen Partei (*Partido Patriota*, PP) hatte letzterer sich der Parteienallianz GANA und damit dem Präsidentschaftskandidaten angeschlossen. Nach dem Wahlsieg Bergers wurde er zum Sicherheitsbeauftragten der Regierung ernannt.

Militarisierung der Politik

Das guatemaltekische Militär war als effizienteste staatliche Institution ein entscheidender Akteur im Prozess der demokratischen Öffnung, die bereits in den frühen 1980er Jahren angedacht worden war. Bis weit in die 1990er Jahre hinein war das guatemaltekische Militär in zwei Flügel gespalten. Während die „Institutionalisten“ die Zeichen der Zeit erkannten und den Demokratisierungsprozess – bei gleichzeitiger Wahrung ihrer institutionellen Interessen – beförderten, sperrte sich die „Bruderschaft“ (*Cofradía*) gegen die Beschneidung der Macht des Militärs. Die Aktivitäten der *Cofradía*, die von der bisherigen Praxis der Aufstandsbekämpfung nicht Abstand nehmen wollte, hatten noch in den 1990er Jahren mehrmals den Demokratisierungsprozess und den Fortgang der Friedensverhandlungen ernsthaft bedroht. Dieser Flügel des Militärs, den ideologischen Schablonen

des Kalten Krieges verhaftet, scheint in der Gegenwart keine bedeutende Rolle mehr zu spielen: es ist eher der Mythos, der fortlebt.

Mit den InstitutionalistInnen hat sich somit langfristig der Flügel durchgesetzt, der es vermocht hatte, das Militär den Herausforderungen des 21. Jh. anzupassen und vor dem Hintergrund eines umfassenden Bedrohungsszenarios die starke Stellung des Militärs in der Demokratie zu erhalten. Obwohl es in den vergangenen Jahren ein unübersichtliches Geringel um Machtpositionen innerhalb des Militärs gegeben hatte, blieb die Institution als solche weitgehend unangetastet. Deutliche Zeichen waren die steigende und oft erst nachträgliche Budgetierung des Militärs sowie die Resistenz geheimdienstlicher Strukturen gegen ihre Schließung oder Reduzierung.

Doch nicht nur die Macht der militärischen Institution blieb unangetastet. Zu einem immer größeren Problem wurden in den vergangenen Jahren die Verflechtungen zwischen Militärangehörigen, Politikern und der organisierten Kriminalität, den sogenannten „klandestinen Gruppen“. In dem bereits an anderer Stelle skizzierten Klima der Straflosigkeit konnte sich damit eine extralegale Machtstruktur festigen, die sich in einem signifikanten Maße aus staatlichen Institutionen speist.

Eine besondere Rolle bei der informellen Remilitarisierung der guatemaltekischen Politik spielen schließlich die Generäle, die zentrale Funktionen während des Bürgerkrieges ausgeübt haben und mittlerweile im Ruhestand sind. In den letzten Monaten machte vor allem die Vereinigung der pensionierten Militärangehörigen (*Asociación de Veteranos Militares de Guatemala*, AVEMILGUA) auf sich aufmerksam. Die Aktivitäten von AVEMILGUA beschränken sich nicht nur darauf, die nach der Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse der Wahrheitskommission CEH und des kirchlichen Projektes zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung (*Recuperación de la Memoria Histórica*, REMHI) „befleckte“ Ehre des Militärs wiederherzustellen oder Militärangehörige politisch, juristisch und finanziell zu unterstützen, die aufgrund von schweren Menschenrechtsverletzungen angeklagt sind. Die Strategie der Veteranenorganisation zielt auf die Festigung der militärischen Macht auf zwei Ebenen: Einerseits wird versucht, über die Besetzung staatlicher Funktionen mit (ehemaligen) Militärangehörigen

Einfluss auf die nationale Politikgestaltung zu nehmen, und andererseits bemüht sich AVE-MILGUA erfolgreich um die Restaurierung der militärischen Macht im Landesinneren. Im Prozess der Reorganisierung der „Zivilen Selbstverteidigungspatrouillen“ (PAC), die in den 1980er Jahren als verlängerter Arm des Militärs eingerichtet worden waren, hatte AVE-MILGUA eine Schlüsselfunktion. Lokale Vertreter der PAC waren nachweislich in die Hauptstadt gereist, wo sie von AVE-MILGUA hinsichtlich des weiteren Vorgehens in der Entschädigungsfrage Instruktionen erhalten hatten.

General Otto Pérez Molina vertritt eine politische Linie, die sich von der der organisierten Veteranen deutlich absetzt. Otto Pérez Molina – in den 1990er Jahren Chef des berüchtigten *Estado Mayor Presidencial* (EMP) – war einer der militärischen Protagonisten der demokratischen Öffnung und versuchte, nach der Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzung über das Vehikel der Parteipolitik Einfluss zu nehmen. In seinen jüngsten Verlautbarungen unterstrich Pérez Molina seine Unterstützung für die Friedensabkommen und stellte die Reduzierung des Militärs und die Stärkung der zivilen Nationalpolizei in Aussicht. Insbesondere verwehrt er sich gegen den Einsatz des für die äußere Sicherheit zuständigen Militärs im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung.

In ihrer Eigenschaft als Vertreter eines stringenten Institutionalismus stehen Otto Pérez Molina und César Augusto Méndez für eine militärpolitische Ausrichtung der Regierungspolitik, die auf die Modernisierung des Militärs in der globalisierten Welt des 21. Jh. setzt. Zu bezweifeln ist allerdings, dass die Besetzung sicherheitspolitischer Schlüsselpositionen mit Militärs einer Remilitarisierung des Politikstils entgegenwirken und eine Aufweichung des militärischen Korpsgeistes befördern kann. Ein in dieser Hinsicht bedrohliches Zeichen ist die am 11. Februar angekündigte Wiederauflage des *Plan Maya-Jaguar*, der einen gemeinsamen Einsatz von US-Truppen und guatemalteckischen Militäreinheiten bei der Drogenbekämpfung vorsieht.

Die Regierungsbildung und die Erosion der (kritischen) Zivilgesellschaft

Das hybride Kabinett aus Unternehmern, Politikern der Parteienallianz GANA und Militärs wurde durch die Einbeziehung der Zivilgesellschaft vervollständigt. Die Tatsache, dass in der pigmentokratischen und patriarchalen guatemalteckischen Gesellschaft Frauen und *indigenas* nie den ersten Rang eingenommen haben, spiegelte sich auch in der Zusammensetzung des neuen Kabinetts, dem lediglich zwei Frauen angehören. Zwei Posten wurden an *indigenas* vergeben: der indigene Anthropologe Victor Montejo wurde zum Vorsitzenden des Friedenssekretariats ernannt, und der Intellektuelle Manuel Salazar Tetzagüic zum Minister für Sport und Kultur. Die Vorgängerin des letzteren, Otilia Lux de Cotí, hatte offenbar so wenig bewirkt, dass sie noch nicht einmal der Umbenennung ihres Hauses in „Ministerium für Kulturen“ Dauerhaftigkeit hatte verleihen können.

Zwei weitere Besetzungen sorgten indes für mehr Aufsehen. Oscar Berger hatte erstens Frank La Rue für den Vorsitz der präsidialen Menschenrechtskommission (*Comisión Presidencial Coordinadora de la Política del Ejecutivo en Materia de Derechos Humanos*, COPREDEH) gewinnen können. Frank La Rue hatte in den 1990er Jahren das *Centro para la Acción Legal en Derechos Humanos* (CALDH) gegründet, welches vor allem versucht, Fälle von Menschenrechtsverletzungen vor den Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof zu bringen. Mit Frank La Rue wurde einer der wenigen auch international renommierten Protagonisten der Menschenrechtsbewegung in das Projekt einer rechtskonservativen Regierung integriert.

Der neue Präsident des Landes konnte das Regierungsversprechen zur Stärkung des Friedensprozesses durch eine zweite – symbolische – Besetzung untermauern: Rigoberta Menchú, Friedensnobelpreisträgerin von 1992 und selbsternannte Vertreterin der Frauen und *indigenas* Lateinamerikas, nahm das Amt der „Botschafterin des guten Willens“ an.

Die Einbeziehung zweier prominenter Vertreter der guatemalteckischen Zivilgesellschaft hat eine ambivalente Bedeutung. Einerseits impliziert sie die Möglichkeit zur Stärkung des Menschenrechtsregimes und zur

Durchführung von Projekten zur Aufarbeitung vergangener und gegenwärtiger Verbrechen. Andererseits ist nicht zu übersehen, dass die (regierungskritische) Zivilgesellschaft durch die Kooptierung von zwei ihrer bedeutendsten Protagonisten empfindlich getroffen werden wird. Einerseits macht das starke Gewicht des Unternehmensektors in der Regierung Berger die Umsetzung substanzieller Friedensabkommen unwahrscheinlich, andererseits hat die Integration von Frauen, *indigenas* und Menschenrechtsaktivisten sowohl für die nationale Politik als auch für die Außendarstellung des organisierten Unternehmensektors (CACIF, Anacafé) eine vorwiegend ornamentale Funktion. Es steht zu befürchten, dass Montejo, Salazar Tetzagüic, La Rue und Menchú angesichts der politischen Kräfteverhältnisse wenig bewirken können. Damit tragen sie zur Schwächung einer ohnehin schwachen Zivilgesellschaft bei. Im Gegensatz zu El Salvador, wo einzig das harte Vorgehen gegen Jugendbanden (*maras*) einen Wahlsieg der Guerillanachfolgepartei *Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional* (FMLN) zu verhindern scheint, wird die Schwäche der (linken) Zivilgesellschaft in Guatemala nicht durch die Stärke einer linken Partei ausgeglichen. Die *Alianza Nueva Nación* (ANN) und die *Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca* (URNG) sind im neuen Kongress lediglich mit 6 bzw. 2 Abgeordneten vertreten. Das relativ starke Ergebnis der ANN ist dabei in erster Linie auf die überzeugende Oppositionsarbeit von Nineth Montenegro während der letzten Legislaturperiode zurückzuführen – auch im Falle der Linken sind Personen und nicht Programme wahlentscheidend.

Aussichten auf den Reformprozess

Die Lebenswelt der guatemaltekischen Bevölkerung ist überschattet von der Unsicherheit. Am 10. Februar 2004 hatte die UN-Sonderberichterstatterin Yakin Ertürk bei einem Besuch in Guatemala darauf hingewiesen, dass das Ausmaß der Gewalt gegen Frauen in Guatemala – auch im Vergleich mit Mexiko und El Salvador – alarmierend sei. Guatemaltekische Frauenorganisationen hatten in den vergangenen drei Jahren 1101 Morde an Frauen registriert. In den 300

Mordfällen an Frauen, die 2003 bekannt geworden sind, wurden lediglich in zwei Fällen die Tatverdächtigen verhaftet. Im Falle der 50 Morde, die 2003 bei Busüberfällen begangen wurden, wurde keine einzige Verhaftung vorgenommen. Insgesamt werden in Guatemala etwa 95% aller Delikte strafrechtlich nicht verfolgt. Es bleibt abzuwarten, wie die neue Regierung dem Problem begegnen wird. Berger hatte angekündigt, die Polizei zu stärken und über eine Ankurbelung der Wirtschaft die Kriminalitätsrate zu senken. Angesichts der – vor allem auch politischen – Erfolge der Regierung Flores in El Salvador und der ungemindert starken Position des Militärs im eigenen Land stellt sich die Frage, wie lange Berger die angekündigte Linie durchhalten wird und wann er sich genötigt sieht, auf die Politik der „starken Hand“ zurückzugreifen.

Gouvernanz

Unter dem Gespann Portillo und Ríos Montt konnten sich in den vergangenen Jahren die Netze extralegalen Machtstrukturen verdichten, konnte ein Geflecht aus Militärangehörigen, Politikern und organisierter Kriminalität weitgehend ungehindert agieren und konnte die militärische Macht im Landesinneren restauriert werden. Damit wurde die Reichweite einer demokratischen Regierung zunächst verkürzt.

In den kommenden Monaten wird sich herausstellen, ob das Vorhaben zur Einsetzung einer Kommission zur Aufklärung von Verbrechen „paralleler Gruppen“ und „geheimer Sicherheitsapparate“ (CICIACS, *Comisión de Investigación de los Cuerpos Ilegales y Aparatos Clandestinos de Seguridad*) umgesetzt werden wird. Die Einsetzung dieser Kommission wurde bereits 2002 von guatemaltekischen und internationalen Menschenrechtsorganisationen eingefordert. Der Unterzeichnung eines entsprechenden Abkommens zwischen dem guatemaltekischen Menschenrechtsprokurator und der Regierung im März 2003 folgte im Januar dieses Jahres ein zweites Abkommen, welches vom UN-Vertreter Kieran Prendergast und vom noch amtierenden Außenminister Edgar Gutiérrez unterzeichnet wurde. Darin wurde die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung des Netzes aus Militärangehörigen, Politikern

und organisierter Kriminalität, das erheblich zu Unsicherheit und aufkeimender Repression beigetragen hatte, vereinbart. Diese Kommission soll sich nicht nur auf die Dokumentation von Strukturen beschränken, sondern die strafrechtliche Verfolgung der involvierten Personen vorbereiten. An der Frage der Einrichtung der CICIACS wird sich erweisen, ob die von Berger in Aussicht gestellte Wiederankurbelung des Friedensprozesses mehr als Rhetorik ist.

Während die Alltagskriminalität und die klandestinen Netzwerke der Repression fast übergroße Herausforderungen an die Gouvernanz darstellen, stellt sich die Frage der Regierungsfähigkeit noch an anderer Stelle. Mitte Januar konnten sich die Parteien GANA, PAN und UNE (*Unidad Nacional de la Esperanza*) auf eine Zusammenarbeit im Kongress verständigen und damit zunächst die Regierungsfähigkeit sicherstellen. Die Geschichte der vergangenen Legislaturperioden zeigt jedoch, dass die Fraktionen im Kongress außerordentlich instabil sind. Bis dato haben bereits zehn Abgeordnete ihre Parteien verlassen und sich als unabhängig deklariert: 3 Abgeordnete des FRG, 2 der UNE, 3 des PAN und 2 der ANN.

Nationale Politik und lokale Lebenswirklichkeit

Die freie Entfaltung von Korruption, Unsicherheit, Straflosigkeit und Kriminalität hatte Guatemala unter Portillo an den Rand der Unregierbarkeit geführt – eine Situation, die vor allem auch die mit dem PAN verbundenen Wirtschaftssektoren erbost hatte. Vor diesem Hintergrund steht zu erwarten, dass Berger versuchen wird, sich mit dem in Aussicht gestellten Programm zur wirtschaftlichen Entwicklung und der Bekämpfung von Korruption und Straflosigkeit zu profilieren. Gleichwohl gilt dies mehr für die Ebene der nationalen Politik als für die Realität in weiten Teilen Guatemalas. 1999 hatte die Wahrheitskommission (CEH), die auch die Rolle der Unternehmer als Profiteure des Terrors und als Akteure der bewaffneten Auseinandersetzung unterstrichen hatte, auf die tiefen Ursachen des Bürgerkrieges verwiesen.

Als historische Ursachen der bewaffneten Auseinandersetzung wurden neben der Tradition von Diktatur und Autoritarismus die ökonomische Exklusion, Rassismus und die Unterwerfung und Ausschließung der indigenen Bevölkerung benannt. Daran hat sich seit dem Friedensschluss wenig geändert.

Die sozialen Gegensätze bleiben eines der schwerwiegendsten Probleme Guatemalas (s. Tabelle 3). Die gesamtwirtschaftliche Stagnation, die langanhaltende Krise im Kaffeesektor, Erosion und Dürre haben die ländliche, indigene Armutsbevölkerung am stärksten betroffen. Besorgniserregend ist dabei vor allem der Anstieg der extremen Armut in den letzten Jahren.

3,2% der landwirtschaftlichen Betriebe bewirtschaften 65,4% der landwirtschaftlichen Nutzfläche, 45,2% der Betriebe 3,2% der landwirtschaftlichen Nutzfläche. In den nordwestlichen Regionen Guatemalas war die Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte von drei Faktoren geprägt: dem steigenden Bevölkerungsdruck, der Erosion, und der Abnahme der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Dies führte zu einer Verkleinerung der Parzellen und damit zu einer stetigen Verschlechterung der Subsistenzbedingungen. Mit der Krise im Kaffeesektor und der Abnahme der Nachfrage nach Saisonarbeitskräften führte dies zu einer Prekarisierung der Lebensbedingungen in weiten Landesteilen. Den einzigen Ausweg sahen viele nur noch in der Abwanderung in die USA. Ganze Familien und Dörfer hängen inzwischen am Tropf der Rücküberweisungen aus den USA – gemäß einer aktuellen Studie der Interamerikanischen Entwicklungsbank (November 2003) sind inzwischen 23% der Erwachsenen in Zentralamerika Empfänger von *remesas*.

Um die soziale Explosion in den ärmsten Regionen Guatemalas zu verhindern und um der Stärkung der lokalen Repressionsstrukturen entgegenzutreten (der FRG stellt immerhin 114 Bürgermeister), braucht es mehr als das Versprechen steigender Investitionen. Nach Ablauf der „Gnadenfrist“ von 90 Tagen wird sich abzeichnen, ob der Hase (*El Conejo* ist der Spitzname von Berger) eine klare Linie verfolgt oder nur Haken schlägt.

Tabelle 3: Soziale Indikatoren für Guatemala

	2000	2002
Morde	2.898	3.689
Homizidrate (x 100.000 EW)	25,2	30,3
Armut (in % der Bev.)	56,1	57%
Stadt	27,1	28,1
Land	74,5	72,2
<i>indígenas</i>	76,0	71,9
Nicht- <i>indígenas</i>	41,4	44,0
Extreme Armut (in % der Bev.)	15,7	21,5
Stadt	2,8	4,9
Land	23,8	31,1
<i>indígenas</i>	26,4	30,8
Nicht- <i>indígenas</i>	7,7	12,9

Quelle: Programa de Naciones Unidas para el desarrollo (PNUD) – Guatemala: Informe Nacional de Desarrollo Humano 2003: Una agenda para el desarrollo humano, S. 225-228.

Bibliographie:

Amnesty International (2003): Guatemala - Accountable Intelligence or Recycled Repression? Abolition of the EMP and Effective Intelligence Reform, AI Index: AMR 34/031/2003.

AVANCSO/Clara Arenas (2003): Guatemala: Una transición agotada. Mirando más allá de la coyuntura, in: Iberoamericana, Nr. 12.

Comisión Económica para América Latina y el Caribe (CEPAL) (2003): Balance preliminar de las economías de América Latina y el Caribe.

Fundación Myrna Mack (2003): El poder militar en el posconflicto: en busca de la restauración.

--- (2003): El poder oculto ejerce presión sobre la institucionalidad democrática.

--- (2004): El fortalecimiento de la institucionalidad del estado y la gobernabilidad democrática como prioridades. Guatemala: Desafíos para el nuevo gobierno.

Misión de Verificación de las Naciones Unidas en Guatemala (2002): Los linchamientos: un flagelo que persiste, Informe de Verificación No. 16.

Interamerican Development Bank (Multilateral Investment Fund)/Pew Hispanic Center (PHC) (2003): Report on remittances to Latin America and the Caribbean, November 2003 (<http://www.iadb.org/mif/V2/files/StudyBendixen2003Nov.pdf>).

Programa de Naciones Unidas para el desarrollo (PNUD) – Guatemala (2003): Informe Nacional de Desarrollo Humano 2003: Una agenda para el desarrollo humano.

United Nations Verification Mission in Guatemala (MINUGUA) (2003): 8th Report on the Verification of the Peace Agreements, A/58/267.

IberoDigital- Das Pressearchiv des IIK (www.rrz.uni-hamburg.de/IIK/IberoDigital/)

Autorennotiz: Anika Oettler, Soziologin, ist seit März 2003 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Iberoamerika-Kunde. Sie hat zum Thema „Erinnerungsarbeit und Vergangenheitspolitik in Guatemala“ promoviert. Regionale Schwerpunkte: Zentralamerika und Peru. Thematische Schwerpunkte: Menschenrechte, Transitionsprozesse, Zivilgesellschaft, Multikulturalität, Aufarbeitung von Vergangenheit.
E-Mail: oettler@iik.duei.de

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Wolfgang Bauchhenß und Ditta Kloth.

Bezugsbedingungen: € 61,50 p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); € 46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); € 31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von € 15,30 erhoben. Einzelausgaben kosten € 3,10 (für Studierende € 2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-Mail publications@iik.duei.de · Internet: <http://www.duei.de/iik>

Institut für Iberoamerika-Kunde – Hamburg

Anika Oettler

Erinnerungsarbeit und Vergangenheitspolitik in Guatemala

Frankfurt/M.: Vervuert 2004 (in Vorbereitung)
Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Band 60

Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde die Wahrheitskommission zu einer konventionellen Form des gesellschaftlichen Umgangs mit Diktaturen und Bürgerkriegen. Die bislang in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung nur unzureichend beachtete guatemalteckische Erfahrung ist Gegenstand dieser Analyse, die die Bedeutung der institutionalisierten Wahrheitsfindung für Individuen, *comunidades*, Regionen und die (imaginierte) Nation aufspürt. Im Zentrum steht die Frage, wie sich der guatemalteckische Aufarbeitungsprozess auf das Geschichtsbewusstsein, das sowohl in der Alltagskommunikation als auch durch spezialisierte Träger der kulturellen Erinnerung gebildet wird, ausgewirkt hat. Während das kirchliche „Projekt zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung“ einen sozialen Raum zur gemeinschaftlichen Bearbeitung des Erlebten schuf, lag die Bedeutung der offiziellen „Kommission zur historischen Aufklärung“ in der Einflussnahme auf die staatliche Vergangenheitspolitik und in der Erarbeitung einer offiziellen Geschichtsschreibung: Mit ihrem Abschlussbericht wurde ein historisches Narrativ vorgelegt, das das Projekt einer multikulturellen Nation historiographisch untermauert. Anika Oettler öffnet mit ihrem Buch eine Perspektive auf die Institution der Wahrheitskommission, die über das guatemalteckische Beispiel hinausweist und sowohl Mythen über deren Wirkungsweise dekonstruiert als auch ihr spezifisches Potential aufzeigt.

Ruth Fuchs

Staatliche Aufarbeitung von Diktatur und Menschenrechtsverbrechen in Argentinien: Die Vergangenheitspolitik der Regierungen Alfonsín (1983-1989) und Menem (1989-1999) im Vergleich

Beiträge zur Lateinamerikaforschung, Band 14, Hamburg 2003

Während der späten 1970er Jahre wurden in Argentinien Tausende von Menschen entführt, gefoltert und ermordet. Das bisher furchtbarste und folgenreichste Militärregime des Landes rechtfertigte diese terroristischen Methoden mit der Notwendigkeit, „christliche Moral und nationale Sicherheit“ wiederherzustellen. Im Krieg gegen Oppositionelle verloren rechtliche Normen und Standards jede Gültigkeit, das Vorgehen der Militärs sollte in eine „Wolke des Schweigens“ gehüllt werden. Nach dem endgültigen Kollaps der Militärdiktatur 1983 spricht man im Land von der größten und grausamsten Tragödie argentinischer Geschichte.

Die Studie analysiert den politisch-justiziellen Umgang der Regierungen Alfonsín (1983-1989) und Menem (1989-1999) mit den Hinterlassenschaften der jüngsten argentinischen Diktatur. Sie stellt die Vergangenheitspolitik beider Präsidentschaften gegenüber und fasst dabei besonders die langfristigen Veränderungen und Kontinuitätslinien ins Auge. Das Interesse gilt den spezifischen Rahmenbedingungen, die bestimmte Maßnahmen der Aufklärung, Strafverfolgung und Wiedergutmachung ermöglichten, und den institutionellen, gesellschaftlichen und politischen Faktoren, die deren Durchsetzung behinderten. Darüber hinaus wird der Frage nachgegangen, welche Bedeutung den vergangenheitspolitischen Entscheidungen beider Regierungen für die Konsolidierung der argentinischen Demokratie zukam.

Institut für Iberoamerika-Kunde, Alsterglaci 8, 20354 Hamburg
Tel. 040 / 41 47 82 01 – Fax 040 / 41 47 82 41
E-Mail: publications@iik.duei.de – <http://www.duei.de/iik>